

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 21.07.2014

Warum will Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić die BAföG-Mittel aus Berlin nicht annehmen?

Die Bundesregierung hat entschieden, die bisher von den Ländern übernommenen Anteile der Finanzierung des BAföG vollständig selbst zu übernehmen und die Mittel den Ländern ab 1. Januar 2015 zur Verfügung zu stellen. Laut einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 27. Mai 2014 haben sich die Länder „verpflichtet, die dadurch jährlich frei werdenden rund 1,17 Milliarden Euro für Hochschulen und Schulen zur Verfügung zu stellen“. Durch die Übernahme der BAföG-Finanzierung stehen dem Landeshaushalt damit nach Angaben der Staatskanzlei vom 27. Mai 2014 rund 110 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Bisher sind die Mittel zur BAföG-Finanzierung im Hochschuletat veranschlagt.

Die rot-grüne Landesregierung will die 110 Millionen Euro, die nun zusätzlich zur Verfügung stehen, jedoch künftig nicht für die Hochschulen einsetzen. Ein von Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić verfasster Namensartikel in der *Braunschweiger Zeitung* vom 15. Juli 2014 trägt die Überschrift: „Kitas sind dran“. Ministerpräsident Stephan Weil hatte laut Pressemitteilung der Staatskanzlei bereits am 27. Mai 2014 erklärt, die Landesregierung werde „die zur Verfügung stehenden Mittel für die Finanzierung einer dritten Kraft in den niedersächsischen Krippen verwenden. Das gelte daher auch für die durch die Übernahme der BAföG -Finanzierung frei werdenden Mittel“.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Grüne in Niedersachsen heißt es: „Investitionen in Forschung und Lehre haben (...) für die rot-grüne Koalition Priorität.“ Nichtsdestotrotz haben in der Sitzung des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Kultur am 14. Juli 2014 die Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen eine Anhörung der Hochschulen, Studentenwerke und Studierendenvertreter zu einem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 17/1625) zur möglichen Verwendung der BAföG-Mittel für die Hochschulen abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie begründet Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić ihren Verzicht auf 110 Millionen Euro für die niedersächsischen Hochschulen zugunsten eines anderen Ressorts?
2. Irrt die Bundesregierung mit ihrer Absicht, die Wissenschaft zu stärken, und ihrer Auflage für die Länder, die zusätzlichen Mittel an Hochschulen und Schulen weiterzureichen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Vorsitzenden der niedersächsischen Landeshochschulkonferenz (LHK), Prof. Dr. Jürgen Hesselbach, in einer Pressemitteilung vom 7. Juli 2014: „Mit diesen Plänen werden die Wahlversprechen der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen ad absurdum geführt“?

Björn Thümmler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 22.07.2014)